

Die Partnerschaft für den Frieden

Autor(en): **Freudweiler, Michael**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **175 (2009)**

Heft 10

PDF erstellt am: **27.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-381>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Partnerschaft für den Frieden

Die Teilnahme der Schweiz an der Partnerschaft für den Frieden (Pfp) wird in einer Artikelserie vorgestellt. Es werden Erfahrungen und Berichte aus der Schweizer Mission bei der Nato in Brüssel, der Schweizer Vertretung am Allied Command Transformation in Norfolk sowie zuletzt aus der Arbeit in einem Hauptquartier der Nato präsentiert. Im ersten Beitrag geht es darum, die Schwerpunkte der Schweizer Teilnahme an der Partnerschaft kurz zu erläutern und damit den Rahmen für die Artikelserie zu setzen.

Michael Freudweiler

Die Nato lancierte 1994 die Partnerschaft für den Frieden (Partnership for Peace, Pfp), um die sicherheitspolitische Teilung Europas zu überwinden und Stabilität und Sicherheit im euro-atlantischen Raum durch Kooperation und gemeinsame Werte zu fördern. Pfp entwickelte sich rasch zu einem stark genutzten Zusammenarbeitsinstrument, nicht nur für ehemalige Mitglieder des Warschauer Paktes, sondern auch für die fünf westeuropäischen neutralen oder allianzfreien Staaten (Finnland,

Irland, Österreich, Schweden und die Schweiz). 1996 entschied der Bundesrat, an der Pfp teilzunehmen. 1997 wurde der Euroatlantische Partnerschaftsrat (EAPC) ins Leben gerufen. Als Pendant zum Nordatlantik-Rat der Nato-Mitgliedstaaten hat er die Funktion eines sicherheitspolitischen Diskussions- und Konsultationsgremiums, das heute 50 Staaten umfasst. Was zunächst nur ein Instrument der militärischen Kooperation war, wurde damit zu einem Instrument gesamtheitlicher sicherheitspolitischer Konsultationen. Die Schweiz ist seit seiner Gründung auch Mitglied des EAPC.

Für die Schweiz ist die Partnerschaft einerseits eine Plattform zur Stärkung der Sicherheit in ihrem Umfeld, andererseits ein Instrument für den militärischen Wissens- und Erfahrungsaustausch. Die Partnerschaft beruht auf dem Grundprinzip der Freiwilligkeit und zieht keine rechtlichen Verpflichtungen nach sich. Es ist jedem einzelnen Partner überlassen, was für Anlässe er anbietet und an welchen Anlässen anderer Partner er teilnimmt. Die Teilnahme an der Partnerschaft ist deshalb auch mit der schweizerischen Neutralität vereinbar.



Schwergewicht der Schweizer Teilnahme:

Der euro-atlantische Raum hat in den letzten Jahren sicherheitspolitisch einige Änderungen erfahren. Die Partnerschaft hat sich daran angepasst. Als Folge davon hat sich die Zusammenarbeit thematisch erweitert. Themenbereiche wie die Reform nationaler Sicherheits- und Verteidigungsstrukturen, Fragen von Grenzschutz und -sicherheit sowie die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sind über die Jahre ebenfalls zu einem Bestandteil der Partnerschaft geworden.

Neben den langjährigen Schwerpunkten der Schweiz, wie der Verbesserung der Fähigkeit zur militärischen Zusammenarbeit in friedensfördernden Einsätzen und Einsätzen zur Unterstützung humanitärer Hilfe, der zivilen Notfallplanung und Katastrophenhilfe oder der Stärkung des humanitären Völkerrechts, unterstützt die Schweiz auch die Aufnahme aktueller Themen, die eine Bedrohung der euro-atlantischen Region darstellen. Sie leistet regelmässig Beiträge zu deren Behandlung im Rahmen des politischen Dialogs im Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat und offeriert,

mittels Kursen oder Workshops, auch Angebote in der praktischen Zusammenarbeit.

Die Teilnahme an der PfP wird seitens der Schweiz gemeinsam von EDA und VBS bestritten. Die Schweiz bietet den anderen PfP-Staaten jährlich gegen 30 Ausbildungskurse an, vor allem zu Themen wie dem humanitären Völkerrecht, der zivil-militärischen Zusammenarbeit, der Abrüstung oder zur Vermittlung von militärischem Fachwissen für höhere Unteroffiziere. Diese Angebote werden laufend kritisch hinterfragt, überprüft und entsprechend angepasst. Die Schweiz nimmt auch jährlich an rund fünf militärischen Übungen teil, die allen PfP-Staaten offenstehen. Bei diesen Übungen geht es vor allem um Stabsarbeit in einem multinationalen Umfeld, wobei als Szenario jeweils ein fiktiver UNO-mandatiertes Friedensfördereinsatz dient. Für die Armee sind solche Übungen eine Gelegenheit, die Arbeit in einem multinationalen Stab zu üben und sich mit anderen Streitkräften zu vergleichen.

Die Schweiz beteiligt sich auch an PfP-Treuhandfondsprojekten zur Zerstörung alter Waffen-, Munitions- und Minenbestände sowie Projekte zum Aufbau moderner,

effizienter und korruptionsfreier Sicherheitsstrukturen in Transformationsländern. Daneben unterstützt oder organisiert die Schweiz auch Seminare zu Themen wie der Förderung des humanitären Völkerrechts, der Demokratisierung der Streitkräfte, zur Terrorismusbekämpfung sowie zur Ausbildung von Diplomaten und Offizieren im Bereich der Sicherheitspolitik.

Zur Vertretung ihrer Interessen vor Ort unterhält die Schweiz wie alle PfP-Staaten eine Mission am Hauptquartier der Nato in Brüssel. Die Schweiz hat ausserdem je einen Verbindungsoffizier an den beiden militärischen Hauptquartieren der Allianz in Mons (Belgien) und in Norfolk (USA), und sie entsendet regelmässig für eine Zeitdauer von drei Jahren drei bis vier Berufsoffiziere oder -unteroffiziere an regionale Nato-Hauptquartiere (sogenannte Partnership Staff Elements, PSE). ■



Oberstlt i Gst
Michael Freudweiler
Dr. phil. hist.
Chef Multilaterale Militärische Kooperation/PfP
3003 Bern

Der Marktführer für das Herz Europas

Mit über 700 Bestellungen aus sechs Nationen ist der Eurofighter Bestseller seiner Klasse – und wird von drei Nachbarländern der Schweiz eingesetzt. Dies bringt auch klare ökonomische Vorteile bei der Beschaffung und Betreuung. Da der Eurofighter erst am Anfang seines langen Lebenszyklus steht, können die Nutzer-Luftwaffen gemeinsam mit den starken Industriepartnern in Deutschland, Grossbritannien, Italien und Spanien Einsatz und Fortentwicklung weit in die Mitte dieses Jahrhunderts garantieren.

EADS Defence & Security - Networking the Future

www.eurofighter.ch

